

MEDIEN, GEWALT UND DEMOKRATIE IM ZEICHEN DES TERRORS¹

Harald Müller



Anmerkung:

1

Der Text gibt die Rede wieder, die Prof. Dr. Harald Müller am 9. November 2001 auf der Jahrestagung der HSK und der FSF in Wiesbaden gehalten hat.

Einführung

Im Mittelpunkt des Forschungsprogramms der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung steht das Verhältnis zwischen demokratischen Prozessen und gesellschaftlichen Instanzen, zwischen Gewalt und Frieden. Hieraus ergibt sich ein Interesse an der besonderen Thematik, die im Zentrum unserer Jahreskonferenz steht. Die Unabhängigkeit der Medien ist ein Eckpfeiler der demokratischen Ordnung, die Fähigkeit der Menschen zum gewaltfreien Konfliktaustrag ein anderer. Das Risiko, dass das Agieren der Medien in ihrem grundgesetzlich geschützten Freiraum die Produktion von fiktiven Bildern erlaubt, deren Wirkung auf Jugendliche der Entfaltung ihrer Fähigkeiten zur demokratischen Teilhabe im Wege stehen und ihre Gewaltbereitschaft steigern könnte, ist nicht von der Hand zu weisen. Die daraus motivierten Kontrollversuche könnten ihrerseits den demokratischen Freiraum der Medien auf einen unbedeutenden Maßstab schrumpfen lassen. Im Versuch, diese Dilemmata zu bearbeiten und gangbare Wege für den Umgang mit ihnen zu finden, trifft sich das Interesse des Jugendmedienschutzes mit dem der Friedensforschung.

Nach dem 11. September wird man sich dem Verhältnis von Medien und Gesellschaft, wie es unsere Jahreskonferenz aus der besonderen Perspektive des Jugendmedienschutzes debattieren möchte, ohne die Reflexion der jüngsten Ereignisse nicht nähern können. Beim Jugendschutz geht es ja zu einem nicht unbeträchtlichen Teil um den medialen, fiktiven Umgang mit Gewalt vor einem Auditorium von Menschen im besten Lernalter, deren Weltsicht, Werte und Verhalten durch die Inhalte, die sie aus den Medien aufnehmen, in erheblichem Maße beeinflusst werden können. Der 11. September hat uns einen Gewalt-

akt ohne Beispiel bildwirksam präsentiert. Seither beherrschen in den Spekulationen über Nachfolgetaten ebenso wie bei den Beschreibungen der amerikanisch-britischen Gegenschläge Gewalthandlungen die Schlagzeilen und die „besten Sendezeiten“.

Nun sind diese Bilder ja nicht das, was im Zentrum des Jugendschutzes steht: die Fiktion; gleichwohl wird niemand die entscheidenden Augenblicke am Bildschirm miterlebt haben, ohne sich an entsprechende Bilder aus zahlreichen Horrorfilmen erinnern zu haben. Die Differenz zwischen Fiktion und Realität verschwimmt. Elemente gelungener Fiktion sind von Realität kaum mehr zu unterscheiden. Es sei mir als Politikwissenschaftler daher die Überlegung gestattet, ob nicht auch der Jugendmedienschutz, der sich mit großer Berechtigung auf die Wirkung von Fiktionen konzentriert, die Wechselwirkung zwischen medial transportierter oder konstruierter Tatsachenwelt, der Welt der Fiktionen und dem Bewusstsein und Unterbewusstsein von Kindern und Jugendlichen in seine Überlegungen mit einbeziehen sollte. Ich bitte Sie, mir diese allgemeineren Überlegungen zur Einführung zu gestatten, bevor die Konferenz in medias res ihres eigentlichen Zentralthemas einsteigt.

Ich werde mich daher zunächst dem Umgang der Medien mit dem 11. September widmen, weil hierbei Dilemmata sichtbar werden, die auch in unserer engeren Thematik eine bedeutende Rolle spielen; Terrorismus war seit jeher ein mediales Ereignis. Die Terroristen, gleich welcher Couleur, spekulieren auf den Transport ihrer Nachricht durch Wort und Bild. Noch nie war ein Ereignis medial so wirksam inszeniert wie der zweite Einschlag einer Passagiermaschine in den Südturm des World Trade Centers. 18 Minuten nach der ersten Attacke waren die Kameras bereits auf den Ort des Geschehens gerichtet.

Die religiös unterfütterte Ideologie, die diese Taten beseelt, kennt in ihren Mitteln keine moralisch oder anderweitig begründeten Grenzen. Was die Terroristen für Gottes Gebot halten, muss ohne Einschränkung, ohne Gnade und ohne jede Rücksicht auf Opfer durchgesetzt werden. Die Vereinigten Staaten, einzig wirksame Barriere auf dem Weg zum Ziel, die gesamte islamische Welt mit einem repressiven „Gottesstaat“ nach Art der Taliban zu überziehen und Israel von der Landkarte zu löschen, sollen zur Kapitulation gezwungen werden. Zu diesem Zweck muss die verwundbarste Stelle, die ungeschützte Zivilbevölkerung, zunehmend Ziel der Angriffe sein. Ein Abnutzungskrieg gegen die Zivilbevölkerung, um den politischen Willen der Supermacht zu zermürben, ist die Strategie der Terroristen.

Die rohe physische Gewalt der Terroristen ist nicht ausreichend, um den mächtigsten Staat der Welt militärisch zu besiegen. Sie bedürfen der Transmissionsriemen, um die Wirkung ihrer Aktionen zu multiplizieren. Wenn die Angst der Zivilbevölkerung in einer Demokratie groß genug ist, wird sie von ihrer Regie-

rung vielleicht den Rückzug verlangen, und der Sieg der Terroristen wäre erreicht. Die demokratischen Entscheidungsstrukturen sind daher ein Transmissionsriemen. Ein anderer sind die Medien.

Die fiktionale Angstproduktion und deren Verarbeitung durch Kinder und Jugendliche sind ein zentraler Punkt in der Jugendschutzdebatte. Ein Teil der Medien hat nach den Anschlügen die Angstproduktion in der Welt der Tatsachen zum Geschäft gemacht; für den Jugendschutz ist das in der Welt der Fiktionen natürlich Alltagsgeschäft. Ein Blick auf die Schlagzeilen der meistverbreiteten deutschen Tageszeitung in den ersten zwei Wochen machte das überdeutlich. Drei dieser Schlagzeilen – alle in riesigen Lettern – haben sich mir besonders ins Gedächtnis gebrannt: „Krieg – Kanzler, wie schlimm wird's für uns?“ „Horror“ und „Angst“. Diese Schlagzeilen spekulieren auf die Angstlust der Leserinnen und Leser, den inneren Zwang, gerade das zu kaufen, was einem Furcht bereitet. Die Schlagzeilen und die damit verbundenen Inhalte verstärken die Angst noch mehr, ein positiver Rückkoppelungskreis entsteht, letztlich motiviert und angetrieben von dem Wunsch der Verleger, die Verkaufsquote zu steigern. Als Nebenprodukt wird sich – setzt sich der Trend eine Weile fort – politischer Druck der Masse aufbauen, die Solidarität mit den USA aufzugeben. Ähnliche Mechanismen könnten auch in den USA greifen. Insofern ist es nahezu tröstlich, dass nach vier Wochen die Normalität der Dieter-Bohlen- und Verona-Feldbusch-Schlagzeilen wieder einzog.

Die Demokratie benötigt aber jetzt und auf absehbare Zeit gerade den massiven Mut der Menschen, im Alltagsleben weiterzumachen, die latente Drohung auszuhalten und ei-

ne verlässliche Unterstützung für den Kampf gegen den Terror zu geben. Dabei geht es zum einen darum, dem Willen der Terroristen nicht nachzugeben. Und es geht darum, mit den Gefühlen von Angst in einer nicht fiktionalen Weise umzugehen. Zum anderen besteht das hohe Risiko, dass eine in Panik geratene Bevölkerung sich jedem Abbau demokratischer Rechte unterwirft oder ihn sogar verlangt, wird er unter dem Versprechen erhöhter Sicherheit vorgeschlagen. Bezeichnend war eine elektronische Umfrage von T-Online kurz nach dem 11. September: 75% der Antwortenden stimmten dem Vorschlag zu, den Datenschutz zugunsten erhöhter innerer Sicherheit einzuschränken. Hier steckte in der Frage selbst massive Meinungsbildung. Es wurde nicht dargelegt, inwieweit der Datenschutz tatsächlich Hindernis für eine wirksame Terrorismusbekämpfung sei oder ob die Probleme eher in Vollzugsdefiziten und der Unterausstattung der zuständigen Behörden lägen. Die negative Rolle des Datenschutzes wurde von der Frage von vornherein unterstellt. Das fragende Medium betrieb Meinungsbildung zuungunsten des informationellen Selbstbestimmungsrechts. Wer wäre hier nicht an viele Erfahrungen aus den Debatten zum Jugendmedienschutz erinnert, wo aus der durchaus berechtigten Sorge über seelische Verletzungen von Jugendlichen durch Gewaltbilder sofort der Ruf nach staatlicher Kontrollkompetenz entspringt, wobei die Frage nach der Zweckmäßigkeit ebenso außer Acht bleibt wie Bedenkllichkeiten hinsichtlich grundgesetzlich garantierter Freiheiten.



Halten wir zunächst fest: Die Angstproduktion spielt dem Terror in die Hände und befördert zugleich den Abbau von Demokratie, verspricht aber den Medienunternehmen Auflagensteigerungen und höhere Einschaltquoten. Die Vermarktungsinteressen der Medien und das Gemeinwohl sind nicht deckungsgleich.

Andererseits wird den Medien jedoch abverlangt, vorurteilsfrei und ohne Eingriffe von politischer Seite über die Weltläufe zu berichten. Die Verminderung der Distanz zur Politik, wie sie in der freiwilligen Einschränkung amerikanischer Medien zum Ausdruck kam, Äußerungen der al-Qaida nicht mehr zu senden, ist gleichfalls alles andere als unbedenklich. Die Medien sind bekanntlich schon zur „Vierten Gewalt“ im demokratischen Gemeinwesen erklärt worden, man hat ihnen gewissermaßen Verfassungsrang zugesprochen, weil kritische Öffentlichkeit und öffentliche Kontrolle der Politik ohne ihre ständige Beobachtung des Geschehens schlechterdings nicht mehr möglich wären. Stellt man sich ein Szenario vor, in dem die Medien – wenn auch auf freiwilliger Basis – nur noch der verlängerte Arm der Exekutive wären, so würde das feine Gewebe demokratischer Kontrolle zusammenbrechen.

Die anhand der Terrorismus-Problematik dargestellten Dilemmata ergeben sich daraus, dass die Medien in unserer Zeit drei sehr unterschiedliche Rollen spielen, die allesamt unausweichlich und notwendig sind, deren Handlungslogiken und Anforderungen aber in Widerspruch miteinander treten können.

Zum Ersten sind die Medien Marktteilnehmer. Sie sind Unternehmen, die einen Gewinn erwirtschaften sollen. Dieser Gewinn hängt letztlich von der Nachfrage ab, die sich in Auf-

lagenhöhe und Einschaltquote niederschlägt. Wie am Beispiel des Terrorismus gezeigt wurde, kann dies dazu veranlassen, auf dem psychologischen Klavier in einer wirtschaftlich nützlichen, das Gemeinwohl aber entscheidend schädigenden Weise zu spielen.

Zum Zweiten nehmen die Medien an einem öffentlichen Diskurs über Tatsachen anhand der Unterscheidung wahr und unwahr teil. Was als wahr gilt, ist zu einem nicht unbeachtlichen Anteil Ergebnis der Medienproduktion. Wie erwähnt, ist diese Rolle für die Demokratie völlig unverzichtbar. Sie ist nicht unproblematisch, weil auch die Tatsachenkonstruktion an die Erfordernisse des Marktes rückgekoppelt bleibt.

Schließlich sind die Medien Teilnehmer an einem öffentlichen moralischen Diskurs anhand der Unterscheidung richtig und falsch oder, pointierter gesagt, gut und böse. Man mache sich keine Illusion: Nicht nur Leitartikel und Kommentare, sondern auch die Berichterstattung enthält zahlreiche Werturteile. Dies ist nicht zwangsläufig negativ zu bewerten. Die Medien bewegen sich innerhalb des vom Grundgesetz gezogenen Rahmens und dienen insoweit der Reproduktion der in der Verfassung manifestierten Werteordnung. Freilich ist damit nicht gewährleistet, dass die medial propagierten Werte mit denen des Grundgesetzes auch tatsächlich deckungsgleich wären – Stichwort Angstproduktion. Dennoch ist auch der moralische Diskurs in der demokratischen Gesellschaft heute ohne die Medien nicht zu führen. Wir leben nun einmal nicht mehr in den Zeiten, in denen der bürgerliche Salon für diesen Zweck genügte. Welche Werte unsere Gesellschaft vertritt, ob insbesondere die Bürgerinnen und Bürger hinter denen der Verfassung stehen, entscheidet sich immer wieder in dem Dialog zwischen ihnen, der Politik und den Medien.

Genau in dieser Hinsicht erscheint das Jugendschutzthema problematisch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Medien gegenüber Jugendlichen persönlichkeitsbildend wirken. Natürlich ist es eine Binsenweisheit, dass Elternhaus, Milieu, Peergroup und andere Umgebungseinflüsse gleichfalls und in noch höherem Maße prägend wirken. Entlastet werden die Medien von ihrer subkutan erzieherischen Funktion durch diese Feststellung jedoch nicht.

Im Vergleich zum Alltagsleben in den westlichen Demokratien weisen die Unterhaltungsangebote in Film und Fernsehen ein verhältnismäßiges Überangebot an Gewalthandeln auf. Es gibt eben nicht nur Feldbusch und Bohlen, sondern eben auch das, was im Zentrum des Jugendschutzes steht: Fiktionaler Horror und Gewalt, über dessen Wirkung im Hinblick auf Kunstfreiheit und Jugendschutz gestritten wird. Gewalt erscheint dabei ziemlich häufig positiv besetzt, etwa als Selbsthilfe oder als Ausdruck von gesellschaftlichem Status oder von kraftvoller Männlichkeit. Eine Gesellschaft, die von der Bereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger zum gewaltfreien Konfliktaustrag ausgeht, leistet sich den Luxus einer davon deutlich abweichenden Projektion von Werten und Verhaltensnormen und lebt diese archaischen Bilder in Medienproduktionen aus.

Nun ist sicherlich richtig, dass Unterhaltungssendungen dieses Typus nicht eine relativ starke Position einnehmen würden, wenn die Nachfrage nicht vorhanden wäre. Es gilt hier jedoch das schon früher Gesagte: Nachfrage und Angebot formen einen positiven, sich ständig verstärkenden Rückkopplungskreis. Das Angebot reagiert nicht lediglich auf die Nachfrage, sondern verstärkt sie noch.

Es mag durchaus sein, dass die gewaltgeprägte Unterhaltungssendung – ähnlich wie der Sport – auch der Aggressionsabfuhr dient. Die eigenen Gewaltgelüste werden in die darstellenden Akteure projiziert, und dem Publikum wird so ein weitgehend gewaltfreies Alltagshandeln erleichtert. Freilich bleibt dabei immer noch bedenklich, was die Berieselung mit Handlungstypen, die mit den von der demokratischen Gesellschaft postulierten Werten in einem unübersehbaren Widerspruch stehen, bei sensibleren Jugendlichen in der Phase der Persönlichkeitsformung anrichten könnte.

Freilich erheben sich die größeren Bedenken durch das Zusammenwirken von „Wertevermittlung“ einerseits und der Konstruktion der Welt der Tatsachen andererseits durch die Medien. Beide Funktionen sind untrennbar miteinander verbunden und das ist nicht unproblematisch. Stets wird an der Nachrichtenvermittlung die – angeblich wiederum marktbedingte – Asymmetrie zugunsten der „schlechten News“ beklagt: Kriegsberichterstattung ist interessanter als Friedensberichterstattung; der korrupte Politiker eine bessere Nachricht als der ehrliche usw. In einem Weltbild, das sich aus solchen Mosaiksteinen zusammensetzt, sind Gewalttätigkeit und Regelbruch das Normale. Die Welt erscheint dann als Platz, in dem gewaltsame Verhaltensweisen, wie man sie aus der Unterhaltung kennt, auch realiter angebracht sind, wenn man sich in ihr behaupten will.

Meine Überlegungen entspringen der Perspektive von jemandem, der sich professionell mit dem Verhältnis von Demokratie und Gewalthandeln beschäftigt und den Medien als Nutzer und gelegentlich als Gesprächspartner, aber sicherlich nicht als Experte gegenübersteht. Aus dieser Perspektive ergeben sich massive Dilemmata für die, die für Medien verantwortlich sind als auch für die darin Wirkenden. Der Markt stellt Anforderungen, deren Erfüllung dem Gemeinwohl abträglich sein kann; der Versuch, wertebewusst auf das Publikum zu wirken, kann wirtschaftliche Verluste, aber auch Manipulierbarkeit durch die Politik nach sich ziehen. Beide Fehlleistungen sind der objektiven Funktion der Medien als Eckpfeiler und Stabilisatoren demokratischer Gemeinwesen abträglich.

Politische Kontrolle mag die potentiell abträglichen Wirkungen der Medien auf die nachwachsende Generation eindämmen helfen, sie ist aber mit der Wachhundfunktion der öffentlichen Meinung gegenüber politischer Macht grundsätzlich unvereinbar. Es bleibt unter diesen Umständen kaum etwas anderes als der Ruf nach einer verantwortungs- und wertebewussten Selbstkontrolle, der organisierten Reflexion der Medien auf die eigene Praxis und Wirkung. Ist diese Instanz ausreichend, um den Versuchungen, die aus den Marktanzwängen erwachsen, zu widerstehen? Auf diese Frage habe ich keine Antwort. Ich erhoffe sie mir von der Konferenz.

*Prof. Dr. Harald Müller ist Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und
Konfliktforschung (HSFK) und Professor für Inter-
nationale Beziehungen an der Universität Frankfurt.*